



Generaldirektion Externe Politikbereiche
Direktion Regionen
Referat Asien, Australien und Neuseeland

Kurzinformation

**Mitteilung an die Mitglieder der 8. Wahlperiode
(2014–2019)**

**über die Delegation des Parlaments für die
Beziehungen zu Indien**

(D–IN)

Stand: 28.7.2014

Delegation für die Beziehungen zu Indien (D-IN)



1. Kurze Vorstellung der Delegation

Die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Lok Sabha, dem Unterhaus des indischen Parlaments, sind rechtlich und institutionell nicht eigens geregelt. Jedoch ist die Delegation für die Beziehungen zu Indien eine der ältesten Delegationen des Parlaments mit einem Drittstaat. 1981 kamen das Parlament und die Lok Sabha erstmals zusammen. Mehrere Jahre lang fand der parlamentarische Austausch über die Delegation des Parlaments für die Beziehungen zu den Ländern Südasiens und die Südasiatische Vereinigung für regionale Zusammenarbeit (SAARC) statt. 2007 wurde die SAARC-Delegation geteilt, und das Parlament gründete eine Delegation für die Beziehungen zu Südasien und – wie von der indischen Seite gewünscht – eine weitere für die Beziehungen zu Indien. 2008 bildete die Lok Sabha eine Freundschaftsgruppe für die Beziehungen zum Europäischen Parlament als Pendant zu der Delegation des Parlaments. Nach der Wahl in Indien 2009 wurde sie allerdings von der neuen Lok Sabha trotz wiederholter Anfragen der Delegation nicht wieder eingerichtet. Deshalb finden die Treffen zwischen den beiden Parlamenten seither nicht mehr in Form institutionalisierter interparlamentarischer Sitzungen statt. Da eine Partnergruppierung in der Lok Sabha fehlt, baute die Delegation über Gremien wie den Verband der indischen Industrie- und Handelskammern Beziehungen zu indischen Parlamentariern auf.

Die Delegation veranstaltet regelmäßig Sitzungen in Brüssel und Straßburg, um Themen wie die wirtschaftliche, politische und soziale Lage in Indien zu erörtern. Derzeit sind die Verhandlungen zwischen der EU und Indien über ein Freihandelsabkommen das vorherrschende Thema, gefolgt von Menschenrechts- und Entwicklungsfragen sowie Themen von globalem Interesse wie Klimawandel und Energieversorgungssicherheit. Entsprechend werden die Berichterstatter der betroffenen Ausschüsse für die jeweiligen Themen und die zuständigen Beamten der Kommission und des EAD regelmäßig zu den Delegationssitzungen

eingeladen, um die Mitglieder über die aktuellen Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen zu Indien zu informieren.

Gemeinsam mit den anderen betroffenen Delegationen nimmt die Delegation auch an den Sitzungen der Parlamentspartnerschaft Asien–Europa teil, in deren Rahmen Parlamentsmitglieder aus Asien und der EU (darunter auch Mitglieder der nationalen Parlamente) im Vorfeld der europäisch-asiatischen Gipfeltreffen zusammenkommen, von denen das nächste im Herbst 2014 in Brüssel stattfinden soll.

2. Überblick über die Tätigkeiten in der Wahlperiode 2009–2014

Die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Indien wurden von den laufenden Verhandlungen über ein **Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien** dominiert, die allerdings bald nach ihrer Aufnahme 2007 in Turbulenzen gerieten. Verhandelt werden derzeit sensible Bereiche wie **Zölle, Dienstleistungen, öffentliche Auftragsvergabe, nachhaltige Entwicklung, Investitionen und geografische Angaben**. Es wird davon ausgegangen, dass zunächst die Marktzugangsregeln für Dienstleistungen und die Zölle vereinbart werden und sich die anderen Teile des Abkommens dann von selbst ergeben.

Die EU möchte ein umfassendes, ehrgeiziges Abkommen und bleibt bei ihren zentralen Forderungen: **besserer Marktzugang für Waren** (z. B. Fahrzeuge/Fahrzeugteile, Weine und Spirituosen) **und Dienstleistungen** (z. B. Versicherungen, Bankdienstleistungen), **sinnvolle Bestimmungen für die öffentliche Auftragsvergabe und Klauseln über nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte**. Die für das Abkommen vorgesehene **Menschenrechtsklausel** soll aus dem Kooperationsabkommen EU–Indien übernommen werden. Das Freihandelsabkommen soll beide Parteien verpflichten, die zentralen Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) wirksam umzusetzen. Über Form und Inhalt der **Nachhaltigkeitsklausel** wird noch verhandelt, da Indien sich bisher geweigert hat, derlei Bestimmungen in Handelsabkommen aufzunehmen. Im Mai 2011 verabschiedete das Parlament eine Entschließung, der zufolge beide Seiten von einem Freihandelsabkommen profitieren würden, das umfassend sein sollte und sowohl die Senkung der Zölle auf Waren, die Öffnung der Märkte für Dienstleistungen und Investitionen sowie die Beseitigung nichttarifärer Handelshindernisse als auch ein ehrgeiziges Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung enthalten sollte.¹

Indiens besonderes Interesse gilt dem Dienstleistungssektor. Außerdem ist das Land auf einen ausreichenden Datenschutz erpicht – ein Thema, das die EU aus den Freihandelsverhandlungen ausklammern möchte. Ein von den indischen Verhandlungsführern immer wieder angesprochenes Thema ist die Bedrohung der indischen Kleinbauern, vor allem der Milchbauern, durch die „subventionierte“ europäische Landwirtschaft. Indien ist zwar nach wie vor entschlossen, eine Lösung dafür zu finden, doch ist dies nicht einfach, da hierfür in manchen Fällen Gesetze und Verordnungen geändert werden müssten.

Die Delegation hat auch verschiedene **Menschenrechtsfragen erörtert**, etwa die **Situation der Frauen** in Indien, die **Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit** und die **Todesstrafe**, und den Dialog darüber mit zivilgesellschaftlichen Organisationen gesucht.

¹ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Mai 2011 zu dem Stand der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen EU–Indien (Angenommene Texte, P7_TA(2011)0224).

Seit dem tragischen Fall der Gruppenvergewaltigung und Ermordung einer 23-jährigen Frau im Dezember 2012 in Delhi galt das besondere Interesse der Delegation auch dem Thema **Gewalt gegen Frauen**. Der Fall löste in Indien Entsetzen und eine Diskussion über den Umgang mit Frauen im Land aus, die von Forderungen nach härteren Vergewaltigungsgesetzen begleitet wurden. Im Januar 2013 verabschiedete das Parlament eine Entschließung, in der die indischen staatlichen Stellen aufgefordert werden, verschiedene Maßnahmen gegen die geschlechtsspezifische Gewalt zu ergreifen.² Die Delegation würdigte die Bemühungen, der **Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit** (beispielsweise der Dalit-Gemeinschaften) durch legislative Maßnahmen Einhalt zu gebieten, wies zugleich jedoch darauf hin, dass es einer besseren praktischen Umsetzung und eines größeren Problembewusstseins in der öffentlichen Verwaltung, der Justiz und der Polizei bedarf.³ Die Delegation setzte sich zudem für die Abschaffung der **Todesstrafe** in Indien ein; das Thema wurde bei einem Besuch in Indien 2013 angesprochen, und mehrere Schreiben wurden an S. E. Herrn Manjееv Singh Puri, den Botschafter Indiens bei der EU, gerichtet.

Darüber hinaus erörterte die Delegation **Themen von strategischer Bedeutung**. Die EU und Indien sind seit 2004 strategische Partner, teilen gemeinsame Werte und Interessen (z. B. Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft) und haben mit denselben Problemen zu kämpfen (Sicherheit, Klimawandel, Energie). Obwohl keine wesentlichen Fortschritte in dieser Partnerschaft zu verzeichnen sind und es nicht gelungen ist, sich auf ein Minimum an überschaubaren strategischen Prioritäten zu einigen, wies die Delegation auf das noch schlummernde Potenzial dieser Partnerschaft hin. In diesem Zusammenhang wurde über Themen wie den **Klimawandel** und die **Energieversorgungssicherheit** gesprochen, und zwar insbesondere – angesichts des enormen Potenzials Indiens im Bereich der **Solarenergie** – über **erneuerbare Energiequellen**. Die Delegation forderte gemeinsame **Forschungs- und technische Entwicklungsprojekte** und wies auf die Erfolge des Erasmus-Mundus-Programms hin.

Schließlich erwog die Delegation, wie die **Sicherheitszusammenarbeit** mit Indien intensiviert werden könnte, insbesondere – vor dem Hintergrund des Problems der **Piraterie** und der Bedeutung des freien Seeverkehrs in internationalen Gewässern sowohl für die EU als auch für Indien – im Bereich der **maritimen Sicherheit**. Andere Bereiche, in denen eine Zusammenarbeit möglich wäre, sind **Terrorismusbekämpfung**, **Cybersicherheit** und **Krisenmanagement**. Reagiert wird damit auf Bedenken wegen des steigenden Einflusses Chinas in Süd- und Südostasien und der möglichen künftigen Instabilität in der Großregion, insbesondere in Afghanistan.

3. Aktuelle Themen und mittelfristige Aussichten

Die Beziehungen zwischen der EU und Indien bewegen sich nach wie vor auf einem Niveau, das weit hinter ihrem Potenzial zurückbleibt, und zwar aus verschiedenen Gründen:

- Indien setzt immer noch eher auf Beziehungen zu einzelnen Mitgliedstaaten, wie dem Vereinigten Königreich oder Deutschland.
- Die Beziehungen sind zu sehr auf die Gipfeltreffen zwischen EU und Indien ausgerichtet, was zulasten der notwendigen Kontinuität geht.

² Entschließung des Europäischen Parlaments zur Gewalt gegen Frauen in Indien (Angenommene Texte, P7_TA(2013)0031).

³ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. Dezember 2012 zur Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit in Indien (Angenommene Texte, P7_TA(2012)0512).

- Im vergangenen Jahr galt die Aufmerksamkeit Indiens vollständig dem Wahlkampf für die Parlamentswahl im April und Mai 2014.
- Auch die Kommunikation mit der Öffentlichkeit ist ein Thema: Die potenziellen Vorteile für beide Seiten, die eine Partnerschaft zwischen der EU und Indien beim Handel und in anderen Bereichen mit sich bringt, sind nicht offensichtlich, vor allem in Indien. In dieser Hinsicht besteht verstärkter Handlungsbedarf.
- Und schließlich herrscht in Indien weitgehende Unkenntnis über die Entscheidungsbefugnisse in der EU, bei denen das Parlament eine große Rolle spielt; die Lok Sabha sollte diesbezüglich tätig werden.

Kurz, es bedarf eines besseren gegenseitigen Verständnisses. Sowohl die EU als auch Indien müssen ihre Haltung überdenken, wenn ihr natürliches Partnerschaftspotenzial ausgeschöpft werden soll.

Ein Verfahren für eine gründliche parlamentarische Überwachung könnte dazu beitragen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Der interparlamentarische Dialog sollte eine größere Rolle bei der Annäherung zwischen der EU und Indien spielen, da die Parlamentarier auf beiden Seiten für ihren jeweiligen Anteil rechenschaftspflichtig sind. Der Dialog soll unter anderem als Frühwarnsystem dienen, mit dem mögliche Stolpersteine in den Beziehungen geortet werden, und dadurch dazu beitragen, dass sich das gegenseitige Verständnis verbessert und die Wählerschaft auf beiden Seiten überzeugt werden kann.

Dies ist besonders wichtig für die laufenden Verhandlungen über das **Freihandelsabkommen**. Da sie schon seit einiger Zeit stocken, könnte das Parlament – das dem Abkommen zustimmen muss – seine Erwartungen für ein ehrgeiziges und baldiges Ergebnis (gemäß der zuvor genannten Entschließung von 2011) wieder äußern. Der INTA-Ausschuss ist federführend in Bezug auf das Abkommen und hat während der Verhandlungen Einsicht in politisch sensible Akten.

Auch wenn Indien nicht zu Verhandlungen über ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen bereit ist, da es Menschenrechts- und Nichtverbreitungsklauseln als „westliche Moralpredigt“ ablehnt, gibt es keinen Grund, den interparlamentarischen Dialog nicht fortzusetzen, beispielsweise über Themen von gemeinsamem Interesse, z. B. **Klimawandel, Energie, Forschungs- und Sicherheitszusammenarbeit**, um den politischen Prozess zu steuern. Im Zusammenhang damit sollten Gespräche über die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan sowie über das geopolitische Umfeld in der Region, das sich vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Wettstreits der USA und Chinas um die militärische Vorherrschaft verändert, und Indiens Reaktion darauf geführt werden.

Mittelfristig wird auch die Frage aufkommen, welche Konsequenzen die Wahl der neuen, von der Indischen Volkspartei (Bharatiya Janata Party, BJP) dominierten Regierung für die europäisch-indischen Beziehungen hat. Zum ersten Mal seit 30 Jahren haben die indischen Wähler einer Partei die absolute Mehrheit in der Lok Sabha beschert. Die Wahl der hindu-nationalistischen BJP unter der Führung von Premierminister Narendra Modi wurde vor allem von den indischen Wirtschaftskreisen sehr optimistisch aufgenommen. Im Wahlkampf bekundete Modi am Rande sein Interesse an einer Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen mit den Indiens Partnern. Deshalb könnte eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen anstehen. Der EU bietet sich durch den Regierungswechsel in Delhi die Gelegenheit, ihre Präsenz in Indien zu verstärken. Die europäischen Erfahrungen mit Urbanisierung, grünen Technologien und erneuerbaren Energien könnten in Indien von Nutzen sein. Gleichzeitig leben jedoch aufgrund der Wahl Modis vor allem bei den Minderheiten in

Indien alte Ängste wieder auf. Vor allem die Muslime erinnern sich lebhaft an die Pogrome von 2002 in Gujarat – in diesem Zusammenhang wurde Modi, damals Regierungschef des Bundesstaats, vorgeworfen, Hass und Gewalt zwischen den Volksgemeinschaften zu schüren. Die Delegation sollte deshalb den **bürgerlichen Freiheiten** und der **Achtung der Rechte von Minderheiten** besondere Aufmerksamkeit widmen.

4. Aktionsvorschläge

Unmittelbar nach der konstituierenden Sitzung der Delegation sollte der Vorsitz Kontakt zu Botschafter Puri aufnehmen. Der Botschafter könnte gemeinsam mit hohen Beamten des EAD und der Kommission zur nächsten Sitzung eingeladen werden. Die Delegation sollte auch versuchen, enge Beziehungen zu der neu gewählten Lok Sabha zu knüpfen. Zu diesem Zweck könnte der Vorstand der Delegation Indien Anfang 2015 besuchen. Mit einem solchen Besuch sollten zwei Ziele verfolgt werden: Die Delegation sollte einen weiteren Versuch unternehmen, die Lok Sabha dazu zu bewegen, eine Freundschaftsgruppe für die Beziehungen zum Europäischen Parlament einzurichten, und sie sollte den Boden für einen vollwertigen Delegationsbesuch im Laufe des Jahres bereiten.

5. Tätigkeiten in der 7. Wahlperiode (2009–2014)

- | | | |
|---|------------------|-------------------------|
| – Besuch ausgewählter Stipendiaten des Chevening Gurkul Scholarship for Leadership and Excellence | November 2009 | Brüssel |
| – Besuch des Vorstands | März 2010 | Delhi |
| – 13. interparlamentarisches Treffen | April 2010 | Delhi und Hyderabad |
| – Besuch indischer Abgeordneter (mit der Konrad-Adenauer-Stiftung) | Juli 2010 | Straßburg |
| – Besuch von Sam Pitroda, Berater des Premierministers für öffentliche Informationsinfrastruktur & Innovation | März 2011 | Brüssel |
| – Besuch des Vorstands | März 2011 | Delhi |
| – Studienreise von Beamten der Rajya Sabha (vom OPPD organisiert) | März 2011 | Brüssel |
| – EP-Delegationsreise | April 2011 | Delhi, Patna und Mumbai |
| – EP-Delegationsreise | April – Mai 2012 | Delhi und Chennai |
| – Studienreise von Beamten der Rajya Sabha (vom OPPD organisiert) | Juli 2012 | Brüssel |
| – Studienreise von Beamten der Lok Sabha | Oktober 2012 | Brüssel |
| – EP-Delegationsreise | April – Mai 2013 | Delhi und Kalkutta |